

Riesjaer Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesja,
Fernauf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesjaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesja, des Rates der Stadt Riesja, des Finanzamts Riesja und des Hauptzollamts Weichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1530,
Strohkasse:
Riesja Nr. 52.

Nr. 129.

Sonnabend, 4. Juni 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesjaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesja. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesjaer- oder der Verlagsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesja. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesja; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesja

Der Reichstag aufgelöst.

Der Tag der Neuwahlen noch nicht festgelegt.

1) Berlin. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages am 4. Juni 1932 in Vorschlag zu bringen.

Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages.

Berlin. (Funktspruch.) Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident.
(gez.) von Hindenburg.

Der Reichskanzler.
(gez.) von Papen.

Der Reichsminister des Innern.
(gez.) Freiherr von Gahl.

Die Reichstagsauflösung und ihre Folgen.

Der fünfte deutsche Reichstag, der am 14. September 1930 gewählt worden war, hielt seine erste Sitzung am 13. Okt. 1930 ab. Er hat nicht so häufig getagt wie seine Vorgänger, die gesetzgeberische Arbeit ist zum Teil durch Notverordnungen des Reichspräsidenten erledigt worden. Die letzte Sitzung fand am 12. Mai 1932 statt und verlief sehr erregt. Für den 3. Juni war der Wiederzusammentritt des Reichstages in Aussicht genommen, dazu wird es aber nun nicht mehr kommen. Auch die vom Reichspräsidenten für Sonnabend nachmittags einberufene Sitzung des Reichstages kann nicht mehr stattfinden, vorausgesetzt, daß die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten noch vorher veröffentlicht wird.

Mit der Auflösung hört der Reichstag auf zu bestehen. Auch die Immunität der Abgeordneten endet mit diesem Vorgang. Die Strafverfolgungsbehörden bekommen also für viele Straffälle gegenüber Abgeordneten freie Hand. Da aber die Auflösung diesmal nicht überraschend kommt, so werden die wegen ernsthafter Delikte verfolgten Abgeordneten sich wahrscheinlich rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Die Strafverfahren der bisherigen Abgeordneten für die deutschen Eisenbahnen gelten noch bis zum achten Tage nach der Wahl des neuen Reichstages. Auch ihre Diäten bekommen die Mitglieder des alten Reichstages noch bis zum Tage der Neuwahl.

Die Verbindungsbrücke von dem aufgelösten zu dem neu zu wählenden Reichstag wird dadurch geschlagen, daß das alte Präsidium noch bis zur Wahl des neuen Präsidiums im Amte bleibt. Auch zwei Ausschüsse des Reichstages bleiben bestehen, nämlich der Auswärtige Ausschuss und der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung, der zum Beispiel berufen wird, wenn in der Zeit bis zum Zusammentritt des neugewählten Reichstages ein Verordnungsentwurf der Regierung der Zustimmung eines Reichstagsausschusses bedarf. Die Mitglieder des Präsidiums und die der beiden ständigen Ausschüsse behalten die Immunität während dieser Zeit noch. Befehle, die der Zustimmung des Parlaments selbst bedürfen, können jedoch in dieser Zwischenzeit nicht zustande kommen. Alle noch nicht erledigten Vorlagen der Reichsregierung, alle Initiativgesetze, die von Parteien beantragt, aber noch nicht verabschiedet sind, alle Ausschussvorschlüsse, die das Plenum noch nicht beschließt, namentlich auch zahlreiche Petitionen sind durch die Reichstagsauflösung hinfällig geworden. Sie können nur im neuen Reichstag wieder eingebracht werden und müssen dann völlig von vorn behandelt werden. Das gilt insbesondere auch von dem großen Werk der deutschen Strafrechtsreform, das schon mehrere Reichstage beschäftigt hat.

Der „Völkische Beobachter“ zum Auflösungsbeschluss.

München. (Funktspruch.) Zu dem Beschluss des Reichskabinetts, den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages zu ersuchen, schreibt der „Völkische Beobachter“: Die Regierung hat das getan, was von allen Seiten erwartet wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Reichstagswahlen entscheidend sein werden. Das weiß der Nationalsozialismus, das wissen ebenso seine Gegner, die einen niegehehenen Ansturm gegen ihre letzten Herrschaftspositionen erleben werden. Die NSDAP ist für diesen Entscheidungskampf gerüstet. Unser Schlag wird vernichtend sein; das erwartet das deutsche Volk, das erwartet die ganze Welt. Die für diesen Vernichtungsschlag notwendige Konzentration der

Erklärung der Reichsregierung.

Berlin. (Funktspruch.) Die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der brennende Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind unangehmer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und haartreuerhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die und in erster Linie der Verfall der Verträge und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, wie auch die Miswirtschaft der Parlamentärsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Reichsänder aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung, Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Kräfte hinaus gekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit zehrt trotz aller Arbeitswilligen der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nationalsozialisten haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unheilbaren gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturvolkschmerz, der wie ein freies Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Verletzung atheistisch-marxistischen Denkens eingebracht, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse und des Parteilichens gewahrt oder wieder hergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

äußersten Kraft wird bei allen Nationalsozialisten in den kommenden Wochen sein.

Eine Antwort

auf das Schreiben des Prälaten Raas.

Berlin. (Funktspruch.) Zu den Ausführungen, die Herr Prälat Dr. Raas in einem gestrigen an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreiben über den „Sinn u. Wert seiner Erklärungen“ gemacht hat, gibt die Reichskanzlei folgende Darstellung:

Herr von Papen hatte, bevor er sich zu dem Herrn Reichspräsidenten begab, eine Aussprache mit Herrn Prälat Raas über die Stellung der Zentrumspartei zu einer gegebenenfalls an ihn zu richtenden Berufung durch den Herrn Reichspräsidenten. Hierbei erklärte Herr Dr. Raas, es sei für die Deutsche Zentrumspartei ausgeschlossen, daß eines ihrer Mitglieder die Führung der neu zu bildenden Regierung oder einen Sitz in ihr übernehme. Ein solcher Schritt würde die Trennung von der Partei bedeuten. Herr von Papen erwiderte, daß damit die Voraussetzung fortfalle, unter der ihn der Herr Reichspräsident wahrscheinlich berufen habe: Eine Synthese zwischen den in der Zentrumspartei organisierten Kräften und der politischen Rechten herzustellen. Er werde daher einen in diesem Sinn gerichteten Auftrag an ihn ablehnen.

Herr von Papen hat sodann in der darauf stattfindenden Besprechung dem Herrn Reichspräsidenten von dem Inhalt dieser Unterredung Kenntnis gegeben und den Herrn Reichspräsidenten gebeten, von seiner Berufung Abstand zu nehmen.

Erst nachdem der Herr Reichspräsident Herrn v. Papen erklärte, daß er ihn nicht in seiner Eigenschaft als Partei-

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leistung der Geschichte des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiete ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitige die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geldes und Kapitalverkehrs und des Warenanstandes, die gegenwärtig die Welt in Unruhe verlegen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung anderer nationaler Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindringliche Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist.

Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

sein vaterländisches Gewissen appelliere, sich in dieser schweren Stunde ihm nicht zu verlagen, hat Herr von Papen die Berufung angenommen. Von dieser Entscheidung hat der Reichskanzler Herrn Prälaten Raas unmittelbar nachher Kenntnis gegeben.

Was kommt nun?

Hitler kündigt große Maßnahmen an

Schwerin, 4. Juni.

In einer nationalsozialistischen Wahlkundgebung sprach Adolf Hitler. Er betonte, Reichskanzler Brüning sei das Opfer eines in Deutschland verbreiteten Tragiklusses geworden. Dr. Brüning habe geglaubt, die nationale Bewegung niederzuschlagen und gleichzeitig eine nationale Außenpolitik machen zu können. Es bestehe aber ein untöbarer Zusammenhang zwischen der Außenpolitik und der Verfassung der Nation im Innern. In den nächsten Tagen werde eine Bilanz vorgelegt werden, die schonungslos enthülle, wie es tatsächlich in Deutschland aussieht.

Es würden Maßnahmen durchgeführt werden müssen von einer solchen Größe, daß sie nur dann in die Tat umgesetzt werden könnten, wenn hinter ihnen die Zuversicht des ganzen deutschen Volkes stehe.

Keine Regierung könne das Wunder vollbringen, plötzlich Deutschland zur Größe zurückzuführen, bevor nicht er im Innern Ordnung geschaffen sei. 75 Prozent unserer städtischen Bevölkerung müßten begreifen lernen, daß die Lebensbasis unseres Volkes die deutsche Landwirtschaft sei. Aber Deutschland könne nicht geholfen werden, wenn nicht die Millionenkraft deutscher Arbeiter mitwirke.